

AKTUELLES

aus dem

Dezember

Plenum

Ausgabe 10/2024

ROT-GRÜN-PROBLEME DES LANDES MIT IMMER MEHR STAAT LÖSEN

UMGANG DER LANDESREGIERUNG MIT DEM WOLF

FÜR EIN MODERNES NIEDERSACHSEN

„WER STÖRT, ZAHLT“

VERFASSUNGSSCHUTZGESETZ VON ROT-GRÜN IST UNZUREICHEND



Dr. Frank Schmädeke MdL

**LANDTAG
NIEDERSACHSEN**

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de



0170 22 08 756



www.frank-schmaedeke.de

Newsletter: 2024-12 -Aktuelles aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Ein ereignis- reiches Jahr

neigt sich dem Ende zu. Darum möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken und Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein glückliches und gesundes neues Jahr wünschen.

Dieses Jahr endet für mich anders als geplant: Zum ersten Mal konnte ich als Ihr Landtagsabgeordneter nicht am Plenum teilnehmen – eine schwere Grippe hat mich sprichwörtlich aufs Sofa gefesselt. Nach den vergangenen, emotional intensiven Wochen, die vor allem vom Abschied meines Vaters Friedrich Schmädeke geprägt waren, wurde mir einmal mehr bewusst: Ohne Gesundheit ist alles nichts.

Trotzdem habe ich das Dezember-Plenum aufmerksam verfolgt und möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen sowie meinen Mitarbeitenden bedanken, die dafür gesorgt haben, dass meine politischen Inhalte Gehör gefunden haben. Besonders wichtig waren mir meine geplanten Beiträge zum Thema „Wolf“ und zum Wassermanagement –
Themen, die uns auch im kommenden Jahr intensiv begleiten werden.

Für den Trost durch die große Anteilnahme am Tod meines Vaters bedanke ich mich ebenfalls sehr herzlich, auch im Namen der Familie.

Und ich hoffe, auch Sie finden über die Feiertage die nötige Ruhe, um Kraft zu schöpfen – im Kreis der Familie, mit Freunden und vielleicht mit etwas Abstand vom Alltag.

Das neue Jahr bringt große Herausforderungen, die wir mit Mut, Zuversicht und Zusammenhalt angehen werden. Die vorgezogene Bundestagswahl fordert uns alle, doch ich bin sicher: Gemeinsam werden wir sie meistern.

Frohe Weihnachten, erholsame Feiertage und alles Gute für das neue Jahr – vor allem Gesundheit, Glück und Erfolg!

Das wünscht Ihr



Dr. Frank Schmädeke MdL



ROT-GRÜN-PROBLEME DES LANDES MIT IMMER MEHR STAAT LÖSEN -doch dies ist Teil des Problems und nicht der Lösung

„SPD und Grüne gehen einen fatalen Weg. Sie wollen die Probleme des Landes mit immer mehr Staat lösen. Dabei ist dieser immer größere Staatsapparat mit seiner Misstrauenskultur und Bürokratie Teil des Problems und nicht Teil der Lösung“

Erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische

Sprecher der CDU-Fraktion Ulf Thiele.

Unter SPD und Grünen wachse das Personal in den Ministerien immer weiter. In den Haushaltsjahren 2023 und 2024 hätten sich die Ministerien 119 zusätzliche Stellen genehmigt. Nun sollen mit dem Haushalt 2025 weitere 134 Stellen hinzukommen, vor allem im gehobenen vor allem im gehobenen Dienst.

weiter auf Seite 3



weiter von Seite 2

Dazu käme ein zusätzlicher Aufwuchs der Tarifbeschäftigten. „Die Personalplanung von Rot-Grün kennt nur eine Richtung: Mehr, mehr, mehr“, kritisierte Thiele.

„Die Rot-Grüne Regierung scheint keinerlei Interesse daran zu haben, den überbordenden Staatsapparat zu modernisieren. Stattdessen wird die Bürokratie Jahr für Jahr weiter aufgebläht, während anderen,

insbesondere den Kommunen, Maßhalten abverlangt wird. „Die Treppe kehrt man immer von oben,“ so Thiele weiter.

Er fordert von Ministerpräsident Stephan Weil und seiner Regierung ein umfassendes Konzept für eine schlankere, leistungsfähigere und moderne Landesverwaltung.

Ulf Thiele MdL

(CDU- Landtagsabgeordneter, Haushaltspolitischer Sprecher stellv. Fraktionsvorsitzender)



UMGANG DER LANDESREGIERUNG MIT DEM WOLF - ein Schlag ins Gesicht aller Weidetierhalter

„Die Platzierung aller Anträge zum Wolf zu dieser späten Stunde ist ein Schlag ins Gesicht aller Weidetierhalter, die auch heute vor dem Landtag auf

ihre Betroffenheit aufmerksam machen“, erklärt Verena Kämmerling, umweltpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

Sie kritisiert die rot-grüne Landesregierung scharf dafür, das Thema Wolfsmanagement seit fast zwei Jahren zu verschleppen. „Unser erster Antrag zu einem regional differenzierten Wolfsmanagement liegt seit Februar 2023 vor, doch geschehen ist nichts – trotz der Ankündigung des Ministerpräsidenten, „den Wolf zur Chefsache zu machen.“

Auch die gefeierte „Schnellabschussregelung“ im Oktober 2023 habe keine Lösung gebracht: „Draußen geht das Sterben weiter.“ Besonders scharf greift Kämmerling den aktuellen Antrag der Landesregierung an: „Dieser besteht zur Hälfte aus Eigenlob und bietet keinerlei Ansätze für ein echtes

Bestandsmanagement. Ganz offensichtlich wollten Sie eine breitere Beratung im Ausschuss vermeiden.“

Die CDU-Fraktion fordert ein umfassendes Wolfsmanagement, das auch die Entnahme ganzer Rudel ermöglicht, sowie unbürokratische Entschädigungen und eine Herdenschutzprämie, die die tatsächlichen Kosten deckt.

Kämmerling sieht in den EU-Plänen, den Schutzstatus des Wolfes herabzusetzen, ein ermutigendes Signal, warnt aber: „Es wird lange dauern, bis diese Änderungen wirksam werden. Es wäre jetzt eigentlich die Aufgabe des Umweltministers in Brüssel Druck zu machen, um hier voranzukommen.“ Ihr Fazit: „Die rot-grüne Wolfspolitik ist gescheitert. Die betroffenen Tierhalter können auf diese Landesregierung nicht vertrauen.“

Verena Kämmerling MdL

(CDU- Landtagsabgeordnete Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz)





FÜR EIN MODERNES NIEDERSACHSEN - Klare Worte aus der Opposition

Die Herausforderungen, vor denen Niedersachsen steht, sind groß. Doch die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst, wie eine aktuelle Umfrage zeigt: 70 % der Menschen halten den Staat für überfordert, und 61 % kritisieren, dass er immer mehr regelt, dabei aber ineffizient bleibt.

Die aktuelle Landesregierung unter Ministerpräsident Stephan Weil liefert darauf keine Antworten – ihr Haushalt bleibt weit hinter den Erwartungen zurück.

Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner hat in seiner Rede im Landtag die drängendsten Probleme aufgezeigt und gleichzeitig klare Vorschläge gemacht, wie Niedersachsen besser regiert werden kann.

1. Bürokratie statt Fortschritt

Die rot-grüne Landesregierung baut die Verwaltung weiter aus – über 200 neue Stellen in den Ministerien sprechen eine deutliche Sprache. Doch mehr Bürokratie löst keine Probleme. Statt effizienter Lösungen verlieren sich Ministerpräsident Weil und sein Kabinett in Ankündigungen.

Beispiel Digitalisierung:

Die Verwaltungs-digitalisierung soll bis 2030 abgeschlossen sein – ganze 17 Jahre nach ihrem Start. Der Landesrechnungshof kritisiert zudem fehlende Steuerung und mangelnde Standards.

Unser Vorschlag: Weniger Bürokratie, mehr Effizienz. Eine Verwaltung, die digital, bürgernah und handlungsfähig ist.

2. Wirtschaftspolitik im Rückwärtsgang

Die wirtschaftlichen Probleme wachsen, während wichtige Förderprogramme versanden. Die angekündigte Stärkung des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen bleibt aus.

Ein Beispiel: Vom Programm „NiedersachsenInvest“ sind von 200 Millionen Euro bislang nur 1 Million Euro abgeflossen.

Wir fordern: Klare Investitionsprioritäten, besonders in die Infrastruktur wie Häfen, Straßen und digitale Netze. Das schafft neue Perspektiven für Unternehmen und Arbeitsplätze.

3. Sicherheit – die Menschen fühlen sich im Stich gelassen

Die Sicherheitslage in Niedersachsen ist alarmierend. Gewaltkriminalität hat ein 15-Jahres-Hoch erreicht, Cyberkriminalität wächst rasant, und Schulen werden zunehmend zu Schauplätzen von Gewalt. Dennoch hat die Landesregierung unseren Vorschlag für einen Sicherheitspakt – inklusive moderner IT-Infrastruktur und mehr Stellen bei Polizei und Justiz – abgelehnt.

Wir setzen uns ein für: Mehr Investitionen in die Sicherheitsbehörden, um Niedersachsen sicherer zu machen.

4. Kommunale Finanzen -die Basis bröckelt

Die finanzielle Situation der Kommunen ist besorgniserregend. Krankenhäuser, Kitas und Geflüchtetenunterbringung bringen Städte und Gemeinden an ihre Grenzen. Statt echter Unterstützung gibt es von der Landesregierung nur den Ratschlag, Schulden zu machen.

Unsere Lösung: Handlungsfähige Kommunen durch mehr Mittel, Reformen und verlässliche Partnerschaften mit dem Land.

5. Bildung und frühkindliche Betreuung – Stillstand auf ganzer Linie

Die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen

weiter von Seite 4

liegt bei unter 97 %. Wichtige Reformen für Quereinsteiger und praxisorientierte Lehramtsausbildung bleiben aus. Auch im Kita-Bereich wird der Personalmangel nicht angegangen.

Unsere Forderung: Eine vergütete, praxisintegrierte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher sowie mehr Anreize für den Berufseinstieg in Bildung und Betreuung.

Für ein modernes Niedersachsen!

Die Menschen in Niedersachsen erwarten mehr – und sie haben mehr verdient. Es ist Zeit für eine Regierung, die liefert:

- Für mehr Investitionen in die Zukunft.
- Für eine effiziente Verwaltung und weniger Bürokratie.
- Für ein sicheres Niedersachsen.
- Für starke Kommunen und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung.
- Für bessere Bildung und solide Finanzen.

Ein besseres Niedersachsen ist machbar – dafür stehen wir. Gemeinsam können wir den Weg zu einem modernen, leistungsfähigen Land ebnen.

Sebastian Lechner MdL
(CDU- Landtagsabgeordnete
Landes- und Fraktionsvorsitzender)



gerecht,

„WER STÖRT, ZAHLT“

– Wer gegen die Ordnung verstößt, muss die Konsequenzen tragen

„Es ist nicht gerecht, dass die Steuerzahler für das Fehlverhalten Einzelner aufkommen müssen“, erklärte die CDU-Landtagsabgeordnete Saskia Buschmann im Landtag.

Die Einführung einer Gebühr für die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei sei ein notwendiger Schritt, um Verursacher konsequent für ihr Verhalten zur Verantwortung zu ziehen, durch das eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eintrat und die Polizei zu entlasten.

Buschmann betonte, dass die Polizei nur unter strengen rechtlichen Vorgaben handelt und unmittelbaren Zwang anwendet. Dennoch fehle in Niedersachsen eine Regelung, die vorsätzliches Fehlverhalten finanziell den Verursachern zuordnet. „Andere Bundesländer, wie Hessen, sind uns hier längst voraus. Niedersachsen bleibt Schlusslicht – auf Kosten der Steuerzahlenden“, erklärt sie.

Die Abgeordnete führte aus, dass vorsätzliche Störungen wie Straßenblockaden oder gewalttätige Ausschreitungen und letztlich auch Angriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte hohe Kosten und Gefahren verursachen. Sie warf der rot-grünen Landesregierung vor, durch Untätigkeit das Vertrauen in den Rechtsstaat zu untergraben:

„Wer gegen die Ordnung verstößt, muss die Konsequenzen tragen. Alles andere ist Schwäche.“

Privat kennt es jeder: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!

weiter von Seite 6



weiter von Seite 5.

Und nichts anderes liegt in der von uns angestrebten Novelle des § 69 NPOG vor. Wir haben in den Anhörungen gut angepasst und sind von einer Pflichtvorschrift auf eine Kannvorschrift gewechselt, das bedeutet, dass Eröffnung Möglichkeiten und legen die Vollstreckung dennoch in das Ermessen der Polizei.

Abschließend bekräftigte Buschmann die CDU-Position: „Niedersachsen kann mehr – wir setzen uns für klare Regeln und einen starken Rechtsstaat ein.“



Saskia Buschmann

(CDU-Landtagsabgeordnete,
Ausschuss für Inneres
und Sport)

DAS VERFASSUNGSSCHUTZ- GESETZ BLEIBT UNZUREICHEND – entscheidende Punkte fehlen

„Die Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes, welche heute von Rot-Grün eingebracht wurde, ist völlig unzureichend“, sagt Christoph Plett, Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen.

„Zwar wurden viele unserer Forderungen aufgegriffen, doch entscheidende Punkte zur Stärkung und Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes fehlen. Der Gesetzentwurf bleibt daher in weiten Teilen ein Stückwerk“, so Plett weiter.

Die Wiedereinführung der Wohnraumüber-

wachung ist ein notwendiger Schritt bei der Bekämpfung von Extremismus.

Zudem ist es sinnvoll, wenn der Verfassungsschutz zukünftig auch für die Beobachtung von organisierter Kriminalität zuständig ist.

Auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz durch die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Einrichtung von Projektdateien würde im Kampf gegen extremistische Gefährder helfen.

Doch all diese Punkte fehlen im Gesetzentwurf von Rot-Grün“, sagt Plett.

Insbesondere aufgrund der sich verschärfenden Sicherheitslage sei der Verzicht auf diese wesentlichen Befugnisse bedenklich.

„In anderen Bundesländern gehört vieles von dem, was uns im niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz fehlt, zum Standard. Es ist äußerst schade, dass Rot-Grün unsere Vorschläge nur teilweise übernommen hat.“ So bleibt der Entwurf – in einer sicherheitspolitisch angespannten Lage – weiterhin völlig unzureichend.

Wir hoffen, dass bei den anstehenden Gesetzesperatungen ein echter Ländervergleich bei den Befugnissen stattfindet.

Nur so kann der niedersächsische Verfassungsschutz auf Augenhöhe und gemeinsam mit den anderen Nachrichtendiensten Extremismus wirksam bekämpfen.“

Christoph Plett MdL

(CDU-Landtagsabgeordneter
Ausschuss für Angelegenheiten
des Verfassungsschutzes)



Dr. Frank Schmädeke MdL

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de



0170 22 08 756



www.frank-schmaedeke.de

Impressum

V.i.S.d.P.
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichenweg 6
31622 Heemsen

Bildnachweis:
Büro Schmädeke
Canva